

„BLICK AUF DEN RAT“ am 12.02.2026

Inhaltsübersicht

Rechtswidrige Ausschusswahlen und Sticker-Posse: Mitte des Rates rückt bei Streitthemen zusammen. Wunsch nach Rückkehr zur Sacharbeit.	2
Bau-Turbo und gesamtstädtische Innenentwicklungsstrategie	3
Kampf gegen Raser- und Poserszene am Phoenix-See: Endlich wird langgeforderte Maßnahme umgesetzt.	4
Umbau der Sonnenstraße zum Radschnellweg Ruhr RS1: Parkraumproblematik bleibt ungelöst.	5
Internationale Gartenausstellung Ruhrgebiet 2027 (23.4. bis 17.10.2027)	6
CDU-Fraktion spricht sich gegen Millionen-Sanierung des Freibads Hardenberg aus	7
Rat nimmt Haushaltssperre und Altschuldenentlastung zur Kenntnis	8
CDU-Fraktion fordert bessere Erreichbarkeit der Briefwahl	9
CDU-Fraktion prüft Einführung einer Ersthelfer-App in Dortmund	9
CDU-Fraktion möchte TUMO-Zentrum als innovatives Bildungsangebot für Dortmund prüfen lassen	10
CDU unterstützt Pläne für erstes Comic-Museum in Dortmund	10

Rechtswidrige Ausschusswahlen und Sticker-Posse: Mitte des Rates rückt bei Streitthemen zusammen. Wunsch nach Rückkehr zur Sacharbeit.

CDU, SPD und Grüne haben in der letzten Ratssitzung streitige Themen, die die Arbeit des Rates zuletzt gelähmt und vergiftet haben, abgeräumt und die Weichen für eine Rückkehr zum sachlichen Wettstreit um die beste politische Lösung gestellt.

Dem Rat lag erneut die [Vorlage des Oberbürgermeisters zur Beanstandung und Wiederholung der rechtswidrigen Wahlen zur Besetzung der Ratsausschüsse](#) vor. Die in der konstituierenden Sitzung des Rates am 13.11.2025 durchgeführten Ausschusswahlen verstoßen wegen gezielter Stimmverschiebungen gegen den von der Rechtsprechung entwickelten sogenannten „Spiegelbildlichkeitsgrundsatz“, nach dem die Ausschüsse in ihrer Zusammensetzung grundsätzlich ein verkleinertes Abbild des Rates sein sollen und dessen Kräfteverhältnisse widerspiegeln sollen.

Auf gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen hat der Rat beschlossen, die in der konstituierenden Ratssitzung am 13.11.2025 gebildeten Ausschüsse des Rates mit Gültigkeit zur Sitzung des Rates am 26.03.2026 aufzulösen und in der Sitzung des Rates am 26.03.2026 neu zu bilden.

Die Regelausschussgröße soll künftig bei 23 statt wie bislang bei 21 Mitgliedern liegen. Die Erhöhung der Zahl der Ausschussmitglieder ermöglicht rein rechnerisch eine bessere spiegelbildliche Abbildung der Kräfteverhältnisse des Rates, indem auch die Gruppen des Rates (FDP/BL, BVT, Die Partei, BSW) angemessen berücksichtigt sind. Das Ziel ist, dass in der nächsten Ratssitzung über einen einheitlichen Wahlvorschlag der Fraktionen und Gruppen des Rates abzustimmen ist und damit die Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit der Ausschusswahlen ein Ende findet.

➡ [Wortbeitrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Jendrik Suck \(ab Minute 2:50:45\)](#)

In den letzten Ratssitzungen gab es jedes Mal ein unwürdiges Geplänkel um Aufkleber und Sticker mit politischen Botschaften auf während der Ratssitzung genutzten Laptops. CDU und SPD haben diesem Schauspiel mit einem [Antrag zur Ergänzung der Geschäftsordnung des Rates](#) einen Riegel vorgeschoben. Mit sofortiger Wirkung sind Sticker und Aufkleber auf den von der Stadt den Ratsmitgliedern für die elektronische Gremienarbeit zur Verfügung gestellten Laptops verboten. Auf privaten Geräten sind Sticker und Aufkleber zu Sitzungsbeginn zu verdecken. Verstöße können geahndet werden. Mit Ihrer Enthaltung haben die Grünen dem Antrag von CDU und SPD eine Mehrheit aus der Mitte des Rates gesichert.

➡ [Wortbeitrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Jendrik Suck \(ab Minute 39:40\)](#)

Bau-Turbo und gesamtstädtische Innenentwicklungsstrategie

Auf der Tagesordnung des Rates standen ursprünglich zwei wichtige Verwaltungsvorlagen zur Erschließung von Stadtentwicklungspotenzialen: Die Anwendung des sogenannten Bau-Turbos zur Beschleunigung des Wohnungsbaus sowie die Erarbeitung einer gesamtstädtischen Innenentwicklungsstrategie.

Bau-Turbo

Die Entscheidung über die Anwendung des Bau-Turbos ist auch auf unseren Wunsch hin vertagt worden. Mit einem im Wohnungsausschuss [eingebrachten Antrag](#) fordern wir Korrekturen an den von der Planungsverwaltung der Stadt Dortmund vorgelegten [Handlungsempfehlungen zur Anwendung, des Bau-Turbos](#), damit der Bau-Turbo auch in Dortmund zünden kann und der Bau bezahlbarer Wohnungen angekurbelt wird. Wir wollen im Umgang mit den Möglichkeiten des Bau-Turbos eine Kultur des Ermöglichens und keine Verhinderungskultur, die wir in den Handlungsempfehlungen der Verwaltung erkennen. Die Vorlage aus dem Planungsdezernat ist geprägt von Vorbehalten und Einschränkungen. Rückmeldungen aus der Wohnungs- und Bauwirtschaft bestätigen unseren Eindruck. Ziel des Bau-Turbos ist es, den Kommunen bei der Genehmigung von Bauvorhaben größere Spielräume einzuräumen, um schneller zusätzlichen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Angesichts des hohen Drucks auf den Dortmunder Wohnungsmarkt begrüßen wir den Bau-Turbo und sprechen uns für eine entschlossene und praxisnahe Anwendung aus. Die von der Planungsverwaltung der Stadt Dortmund vorgelegten Handlungsempfehlungen zur Anwendung werden den Zielen des von der CDU-geführten Bundesregierung auf den Weg gebrachten Bau-Turbos nicht gerecht. Nach Auffassung der CDU-Fraktion werden die mit dem Bau-Turbo eröffneten Möglichkeiten, vom zeitaufwändigen Planungsrecht ausnahmsweise abzuweichen, um schneller neue Wohnungen zu bauen, Wohngebäude zu erweitern, aufzustocken und Bestandsgebäude in Wohnraum umzuwidmen, nicht ausreichend genutzt. Dies wollen wir ändern, um in der nächsten Ratssitzung am 26. März 2026 einen echten Wohnungsbau-Turbo für Dortmund beschließen zu können.

Gesamtstädtischen Innenentwicklungsstrategie

Wir haben die Verwaltung mit der Erarbeitung und Umsetzung einer [gesamtstädtischen Innenentwicklungsstrategie](#) beauftragt. Nach der aktuellen [Bevölkerungstistik](#) leben in Dortmund rund 612.000 Menschen. Daraus resultiert ein hoher Bedarf an Flächen für Wohnen, Gewerbe und den sog. Gemeinbedarf, worunter u. a. Schulen, Kitas, Bibliotheken, soziale Einrichtungen und Kultur-, Sport- und Freizeitanlagen fallen. Verfügbare Flächen innerhalb der Stadtgrenzen sind ein knappes Gut. Konkurrierende Nutzungsinteressen führen zudem zu Nutzungskonflikten. Gefragt ist eine nachhaltige und flächenschonende Weiterentwicklung unserer Stadt nach dem Prinzip des Vorrangs der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. Deshalb sehen wir großen Sinn in der nun in Auftrag gegebenen gesamtstädtischen Innenentwicklungs-

strategie zur Identifizierung von Potenzialen im Innenbereich, mit dem Ziel, die Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich zu reduzieren. Es geht darum Bereich zu identifizieren, die sich aus Stadtentwicklungssicht besonders für eine Innenentwicklung eignen. Darüber hinaus sollen Leitlinien entwickelt werden, die bei Innenentwicklungsmaßnahmen berücksichtigt werden sollen, um städtebauliche Defizite zu vermeiden und eine qualitätsvolle Entwicklung zu sichern. Da es allein mit der Identifikation von Innenentwicklungspotenzialen nicht getan ist, soll die Verwaltung zugleich Strategien und Maßnahmen zu deren Aktivierung entwickeln.

Kampf gegen Raser- und Poserszene am Phoenix-See: Endlich wird langgeforderte Maßnahme umgesetzt.

Immer wieder hat die CDU-Fraktion verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen angeregt, um die Straßen am Phoenix-See für die Raser- und Poserszene unattraktiv zu machen. Im Kampf gegen die Raser- und Poserszene am Phoenix-See soll in der Straße Am Kai auf Höhe des Rudolf-Platte-Wegs nun endlich die schon vor Jahren geforderte [passive Busschleuse](#) errichtet werden. Die Bezirksvertretung Hörde hatte die entsprechende Verwaltungsvorlage mehrfach vertagt, um vor Umsetzung dieser weitreichenden Maßnahme zunächst einen Ortstermin durchzuführen und außerdem ein aktuelles Bild von der Beschwerdelage der letzten Monate zu gewinnen. Während nach Einschätzung von Polizei und Ordnungsamt die Belästigungen zuletzt scheinbar deutlich abgenommen haben, haben die Anwohner dem widersprochen und noch einmal deutlich gemacht, dass die als Fahrradstraße und nach 22.00 Uhr als reine Anliegerstraße ausgewiesene Straße „Am Kai“ weiterhin ein angesagter Treffpunkt für Tuner und Poser aus ganz NRW sei.

Mit der passiven Busschleuse entsteht eine straßenbaulich gut gestaltbare Rampe, die für normale PKW wegen der fehlenden Fahrzeugbreite und der fehlenden Bodenfreiheit unpassierbar ist. Die vorgesehene Busschleuse ist eine sehr wirkungsvolle Durchfahrtssperre. Fußgänger und Radfahrer können die Straße weiterhin uneingeschränkt passieren. Der Radverkehr soll über separate Fahrradstreifen ungehindert an der Busschleuse vorbeigeführt werden.

➔ [Wortbeitrag des verkehrspolitischen Sprechers Christian Barrenbrügge \(ab Minute 1:14:30\)](#)

Umbau der Sonnenstraße zum Radschnellweg Ruhr RS1: Parkraumproblematik bleibt ungelöst.

Enthalten haben wir uns bei der Abstimmung über den [Baubeschluss zum Umbau der Sonnenstraße zwischen Arneckestraße und Chemnitzerstraße zum Radschnellweg Ruhr RS1](#).

Unsere Enthaltung bedeutet nicht, dass wir uns in der Sache nicht klar positioniert haben. Das haben wir. In aller Deutlichkeit haben wir zum Ausdruck gebracht, warum wir der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen konnten. Im Planungsausschuss, im Mobilitätsausschuss, im Finanzausschuss und zuletzt im Rat haben wir deutlich gemacht, dass

- wir den RS als regionales Vorhaben für einen sicheren und komfortablen Radverkehr grundsätzlich unterstützen,
- wir aber überhaupt nicht zufrieden sind mit den aus dem städtischen Verkehrswendebüro aufgezeigten Vorschlägen zum Ausgleich der immer noch 176 wegfallenden Parkplätze in diesem dichtbesiedelten Citybereich.

Die in der [Verwaltungsvorlage](#) aufgezeigten Kompensationsvorschläge lösen nicht den hohen Parkdruck in diesem Stadtteil, an dem sich Klinik-, Saarlandstraßen- und Kreuzviertel schneiden, in dem Menschen wohnen, arbeiten, Handel treiben, Dienstleistungen anbieten oder auch ihre Freizeit gestalten wollen, in dem bis auf Weiteres noch der Campus Sonnenstraße der FH beheimatet ist und in dessen unmittelbarer Nachbarschaft sich mehrere Kliniken befinden. Mit dem [Planungsbeschluss für den RS1-Abschnitt von der Arneckestraße bis zur Ruhrallee aus dem Jahr 2024](#) hatte unsere Fraktion die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt, mit welchen Maßnahmen der sich abzeichnende ersatzlose Wegfall von dringend benötigtem Parkraum reduzieren und kompensieren lässt. Der planungspolitische Sprecher unserer Fraktion Uwe Waßmann hat es in der Ratssitzung treffend auf den Punkt gebracht: Die Parkraumerersatzsuche der Verwaltung wirkt wie ein Placebo. Hier muss noch nachgelegt werden.

Absolut unbefriedigend und unverständlich ist es, dass die Errichtung von Quartiersgaragen unserem Eindruck nach von der Verwaltung nur halbherzig verfolgt wird. Die Verwaltung führt dazu aus: „Der Bau von Quartiersgaragen kann im Bereich Sonnenstraße nach heutigem Erkenntnisstand nicht erfolgen und bietet somit keine kurzfristige Lösung.“ Der AKUSW hat in seiner Sitzung am 11.6.2025 extra eine [interfraktionelle Arbeitsgruppe als politisches Begleitgremium](#) für die Themen Quartiersgaragen und Parken eingerichtet. Quartiersgaragen sind politisch gewollt.

Zur Kompensation werden nun lediglich folgende Möglichkeiten aufgezeigt:

- Bewohnerparkzonen Kreuzviertel und Chemnitzer Straße (50 % der Parkplätze für Anwohner)
- Kapazitäten falsch genutzter Garagen heben.
- ggf. entgeltliches Nachtparken auf dem Netto-Parkplatz an der Hohen Straße
- ggf. entgeltliches Nachtparken am Klinikum (100 Stellplätze)
- ggf. 15 Nachtstellplätze an der FH
- Verweis auf Veränderung der Verkehrsmittelwahl, wie z. B. Carsharing und ÖPNV

➞ [Wortbeitrag des planungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion Uwe Waßmann \(ab Minute 1:21:00\)](#)

Internationale Gartenausstellung Ruhrgebiet 2027 (23.4. bis 17.10.2027)

Gut ein Jahr vor ihrem Start haben wir einen aktuellen [Sachstandsbericht zur Internationalen Gartenausstellung Ruhrgebiet 2027 \(IGA 2027\)](#) zur Kenntnis genommen. Zentraler Ausstellungsbeitrag unserer Stadt ist der Zukunftsgarten auf dem Gelände der ehemaligen Kokerei Hansa und dem Deusenberg in Huckarde. Die CDU-Fraktion steht von Anfang an und unverändert mit voller Überzeugung hinter dem Dekadenprojekt IGA 2027. Die IGA geht in ihrer Bedeutung weit über eine reine Leistungsschau des Garten- und Landschaftsbaus hinaus. Die IGA ist vielmehr eine bedeutende Stadtentwicklungsmaßnahme, die über das Jahr 2027 hinauswirkt und aus der ehemaligen Kokerei Hansa einen grünen und innovativen Erlebnisraum entstehen lässt, der die angrenzenden Stadtteile aufwertet und die Lebensqualität steigert. In das IGA-Konzept unserer Stadt einbezogen sind auch die bestehenden Parkanlagen wie der Fredenbaumpark, der Westfalenpark und der Rombergpark. Die IGA 2027 löst in unserer Stadt Investitionen von rund 60 Mio. Euro aus.

Nein haben wir zur Forderung der u. a. vom RVR und den im Wesentlichen an der IGA beteiligten Städte gegründeten IGA-Durchführungsgesellschaft gesagt, das Gesamtbudget der IGA Ruhrgebiet noch einmal um 15 Mio. Euro zu erhöhen. Auf der Grundlage einer Besucherstudie aus dem Jahr 2022 wurde bislang immer mit 2,6 Mio. Besuchern kalkuliert. Nun wird auf Ebene der Durchführungsgesellschaft mit 3,1 Mio. Besuchern gerechnet, was zu entsprechenden Anpassungen der bislang geplanten Infrastruktur führen müsse, damit diese auch leistungsfähig sei. Diese Einschätzung teilen wir nicht. Wir würden uns freuen, wenn sich die nach oben geschraubten Besucherprognosen tatsächlich bewahrheiteten. Wir sind aber davon überzeugt, dass dafür nicht alles auf den letzten Metern noch einmal in größeren Dimensionen gedacht werden muss. Wir denken, dass sich größere Besucherströme im bislang geplanten Rahmen abbilden lassen. Deshalb haben wir der entsprechenden

[Verwaltungsvorlage](#) nicht zugestimmt. SPD, Grüne und Linke konnten wir von ihrer Zustimmung für die nochmalige Budgeterhöhung nicht abbringen, sodass diese im Rat eine Mehrheit gefunden hat.

- ➔ [Wortbeitrag des planungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion Uwe Waßmann \(bei Minute 1:34:00 und bei Minute 1:39:30\)](#)

CDU-Fraktion spricht sich gegen Millionen-Sanierung des Freibads Hardenberg aus

Der Rat hat in der letzten Sitzung über die [Vergabe von Planungsleistungen zur Sanierung des Freibads Hardenberg](#) entschieden. Wir haben uns gegen den Einstieg in die Sanierung des ausgesprochen. Unter Abwägung von Kosten und Nutzen und unter Berücksichtigung der prekären Haushaltssituation, die Politik und Verwaltung abverlangt, die Prioritäten bei dem wirklich Notwendigen zu setzen, halten wir es für falsch, für ein paar schöne Sommertage einen zweistelligen Millionenbetrag in die Sanierung des Freibads Hardenberg zu stecken. Wir haben uns gewünscht, dass die anderen Fraktionen unsere Sichtweise teilen und mit uns für den alternativen Weg gestimmt hätten, vernünftigerweise einen Schlussstrich zu ziehen und die Verwaltung zu beauftragen, andere Nutzungsoptionen für das Grundstück in attraktiver Lage zu prüfen. SPD, Grüne und Linke sahen dies anders und haben der aufwändigen Sanierung des Bades den Weg bereitet. Nach gutachterlicher Schätzung kostet die Sanierung je nach Ausführung zwischen 12 und 15 Mio. Euro.

Die Gutachter kommen in der eingeholten Machbarkeitsstudie zu einem eindeutigen Ergebnis: Das Freibad Hardenberg entspricht weder technisch noch energetisch dem heutigen Stand. Neben erheblichen baulichen Mängeln sind die Becken, die Wassertechnik sowie Teile der Attraktionen umfassend sanierungsbedürftig. Reparaturen allein reichen nicht aus, um einen sicheren und dauerhaften Betrieb zu gewährleisten. Dazu seien die Schäden zu umfangreich oder die Bauteile, wie die Großrutschen, zu alt, um sinnvolle Ausbesserungsarbeiten durchzuführen.

Auch die Gutachter hat im Ansatz eine Frage bewegt, die wir für uns klar beantwortet haben: Wie viel Wasserfläche brauchen wir für die kurze Freibadsaison? Wer Abkühlung im kalten Nass sucht findet diese in den Freibädern Froschloch, Volkspark, Wellinghofen, Derne sowie im Sommerbad Wischlingen und bald auch wieder im Freibad Stockheide. Wir meinen, dass dieses Freibadangebot gemessen an der vergleichsweise geringen Anzahl wirklicher Freibadtage absolut ausreicht.

Ein weiterer Beweggrund, der uns dazu gebracht hat, der Prüfung anderer Nutzungsoptionen für das Freibadareal den Vorzug zu geben, liegt für uns in dem bislang ungelösten allsommerlichen Verkehrschaos im Wohngebiet rund um das Freibad an Sommertagen. Dazu heißt es in der Vorlage: „Die verkehrliche Situation rund um das Freibad an stark frequentierten Sommertagen ist seit vielen Jahren ein großes Ärgernis. Zugeparkte Straßen und Einfahrten, Lärm, Müll und Vandalismus sind eine unzumutbare Belastung für die Anwohner.“

Rat nimmt Haushaltssperre und Altschuldenentlastung zur Kenntnis

Der Rat hat die vom Kämmerer verhängte und bis zum 31.3.2026 befristete haushaltswirtschaftliche Sperre zur Kenntnis genommen. Wir halten die verhängte Haushaltssperre für notwendig, um die sich abzeichnende Schieflage des städtischen Haushaltes aufzufangen und die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts zu vermeiden. Ziel ist es, durch diese Maßnahme 80 bis 100 Mio. Euro im rund 3,6 Mrd. starken Haushalt einzusparen. In der Zeit der Sperre gelten die Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung. Bestimmte Ausgaben dürfen für die Dauer der Haushaltssperre nicht getätigt werden. Unberührt bleiben aber rechtliche Verpflichtungen und die Weiterführung notwendiger Aufgaben, die keinen Aufschub dulden. Ziel der Haushaltssperre ist es, den zu schnellen Verbrauch der sogenannten Ausgleichsrücklage, mit der wir aktuell noch die Haushaltsdefizite ausgleichen können, zu vermeiden. Ist diese aufgebraucht, verschärft sich die Haushaltssituation und die Gefahr steigt, ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen. Wir appellieren an die Fraktionen SPD, Grüne und Linke, gemeinsam mit uns an den richtigen Prioritäten für unsere Stadt zu arbeiten, um die knappen Haushaltsmittel zum Wohle und im Sinne der Dortmunder Bürgerschaft einzusetzen und nach Aufhebung der Haushaltssperre wieder das Füllhorn auszuschütten. Auch, wenn es wehtut, freiwillige Leistungen gehören auf den Prüfstand und können nicht immer weiter ausgedehnt werden.

Für etwas Entlastung sorgt die [Altschuldenübernahme durch das Land](#). Das Land befreit die Stadt bis spätestens zum 31.12.2026 auf der Grundlage des von der CDU-geführten Landesregierung auf den Weg gebrachten Altschuldenentlastungsgesetzes zur Stärkung der Kommunalfinanzen durch Kreditübernahme von Liquiditätskrediten in Höhe von 469 Mio. Euro. Weniger Kreditschulden bedeuten zugleich weniger Kreditzinsen.

➡ [Wortbeitrag des finanzpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion Sascha Mader \(ab Minute 2:26:45\)](#)

CDU-Fraktion fordert bessere Erreichbarkeit der Briefwahl

Angesichts des hohen Anteils an Briefwählerinnen und Briefwählern sowie wiederkehrender Probleme bei der Postzustellung setzte sich die CDU-Fraktion im letzten Bürgerdienste-Ausschuss für eine bürgerfreundlichere Organisation der Briefwahl ein. Derzeit ist die persönliche Briefwahl ausschließlich im zentralen Wahlbüro am Königswall möglich, das zudem nicht durchgehend besetzt ist.

Die CDU-Fraktion regte daher an, künftig auch in allen neun Bezirksverwaltungsstellen kommunale Wahlbüros einzurichten, um die Briefwahl dort während der regulären Öffnungszeiten zu ermöglichen. Zudem soll geprüft werden, ob durch Digitalisierung und bessere Vernetzung der Verwaltung ein paralleler Zugriff mehrerer Stellen auf Wahldaten realisierbar ist.

Darüber hinaus spricht sich die CDU-Fraktion für eine durchgehende Öffnung des zentralen Wahlbüros während der Briefwahlzeit sowie für verlängerte Öffnungszeiten an einem Wochentag aus. Auch der zur Stichwahl 2025 erstmals zugelassene Späteinwurf von Briefwahlunterlagen in den Bezirksverwaltungsstellen soll aus Sicht der CDU dauerhaft als Standard etabliert werden.

CDU-Fraktion prüft Einführung einer Ersthelfer-App in Dortmund

Die CDU-Fraktion im Bürgerdienste-Ausschuss setzt sich für eine bessere Notfallversorgung bei plötzlichem Herz-Kreislauf-Stillstand ein und hat dazu eine Anfrage zur Einführung einer digitalen Ersthelfer-App gestellt. Ziel ist es, qualifizierte Helferinnen und Helfer im Ernstfall schneller zu alarmieren und die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes zu überbrücken.

Studien zeigen, dass digitale Ersthelfer-Systeme die Überlebenschancen deutlich erhöhen. In zahlreichen Städten und Kreisen – darunter Essen, Düsseldorf, Stuttgart sowie die Nachbarkreise Unna und Ennepe-Ruhr – sind entsprechende Apps bereits erfolgreich im Einsatz. Für Dortmund würde ein solches System statistisch betrachtet bedeuten, dass im Durchschnitt jede Woche ein Menschenleben gerettet werden könnte.

Die CDU-Fraktion hatte bereits 2021 auf das Potenzial der sogenannten „Mobilen Retter“ hingewiesen. Angesichts technischer Weiterentwicklungen und positiver Erfahrungen aus anderen Kommunen soll nun erneut geprüft werden, welche Systeme in Dortmund umsetzbar sind. Die von der CDU gestellte Anfrage zielt darauf ab, den aktuellen Sachstand darzustellen, mögliche App-Lösungen zu bewerten und

organisatorische, technische sowie finanzielle Voraussetzungen für eine Einführung zu klären. Digitale Ersthelfer-Apps können den Rettungsdienst sinnvoll ergänzen und Leben retten. Die CDU-Fraktion will wissen, was in Dortmund möglich ist – und was nötig ist, um dieses lebensrettende Instrument endlich auch hier einzusetzen.

CDU-Fraktion möchte TUMO-Zentrum als innovatives Bildungsangebot für Dortmund prüfen lassen

Die CDU-Fraktion im Wirtschaftsförderungsausschuss setzt sich dafür ein, innovative Bildungsangebote für junge Menschen weiter auszubauen. Vor diesem Hintergrund hat die CDU im Wirtschaftsförderungsausschuss eine Anfrage gestellt, um zu prüfen, ob ein sogenanntes TUMO-Zentrum auch in Dortmund realisiert werden kann.

TUMO-Zentren bieten kostenfreie außerschulische Bildungsangebote in den Bereichen Technologie, Design und Kreativwirtschaft und gelten international als erfolgreiches Modell moderner Jugendbildung. Sie fördern digitale Kompetenzen, Kreativität und Selbstständigkeit – wichtige Bausteine für die Bildungs- und Digitalisierungsziele der Stadt Dortmund. Das Bildungsprojekt TUMO geht zurück auf eine Idee des armenisch-amerikanischen Unternehmerpaares Sam und Sylva Simonian, das ursprünglich digitale Bildung in Armenien stärker voranbringen wollte. Der Name geht zurück auf den Spitznamen Tumo des armenischen Nationaldichters Hovhannes Tumanjan.

Die CDU-Fraktion möchte wissen, ob seitens der Stadt bereits Bestrebungen bestehen, einen TUMO-Standort nach Dortmund zu holen. Darüber hinaus hat die CDU-Fachfraktion um eine Einschätzung gebeten hinsichtlich der Voraussetzungen, die hierfür notwendig wären, etwa in Bezug auf geeignete Räumlichkeiten, Finanzierungsmöglichkeiten und potenzielle Kooperationspartner.

Dortmund braucht zukunftsorientierte Bildungsangebote, die junge Menschen frühzeitig an digitale und kreative Kompetenzen heranführen. Ein TUMO-Zentrum könnte hier ein starkes Signal setzen.

CDU unterstützt Pläne für erstes Comic-Museum in Dortmund

Die CDU-Fraktion begrüßt und unterstützt die Weiterentwicklung des *schauraum: comic + cartoon* hin zu einem eigenständigen Comic-Museum. Der Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit hat das vorgelegte [Kurzkonzept](#) zur Kenntnis genommen und die Kulturbetriebe Dortmund beauftragt, die Planungen im Sinne des Konzepts fortzuführen. Ein detailliertes Planungskonzept soll dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt

werden. Das jetzt vorgelegte Konzept zur Weiterentwicklung des *schauraums: comic + cartoon* hatten wir mit einem [Haushaltsantrag zum Doppelhaushalt 2025/2026 \(Nr. 41\)](#) eingefordert.

Comics sind längst mehr als Unterhaltung – sie sind ein wichtiger Teil unserer Kultur- und Zeitgeschichte“. Der seit 2019 bestehende *schauraum* hat mit erfolgreichen Ausstellungen und Bildungsangeboten bereits bewiesen, welches Potenzial dieses Thema für Dortmund hat. Allein die Simpsons-Ausstellung im Jahr 2024 zog rund 30.000 Besucherinnen und Besucher an. Auf dieser Grundlage soll nun das deutschlandweit erste Comic-Museum entstehen mit einer Dauerausstellung, die sich der Geschichte, Kunst und Bedeutung des Comics widmet, und wechselnden Ausstellungen zu aktuellen (gesellschaftspolitischen) Themen. Aus Sicht der CDU ist dies eine große Chance für den Kulturstandort Dortmund: Das geplante Museum spricht neue Zielgruppen – insbesondere junge Menschen – an und leistet einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Innenstadt. Die CDU unterstützt ausdrücklich das Ziel, das Comic-Museum als offenen Kultur- und Begegnungsort zu entwickeln, der niedragschwelliger Zugang zur Kultur bietet und Dortmund bundesweit sichtbar macht. Wenn es gelänge, für das Comic-Museum einen Standort in der Dortmunder Innenstadt zu finden, gäbe es einen weiteren Ankerpunkt für unsere Idee einer neuen Kulturmarke „Museumsmeile“ im Herzen unserer City.